

ergeht an: Gemeinderatsklub der FPÖ

zur Information zuständigkeithalber an Amtsführender Stadtrat für Gesundheit, Soziales und Sport Peter Hacker sowie Koordinator für Psychiatrie, Sucht- und Drogenfragen der Stadt Wien Ewald Lochner, MA

zur Information: Gemeinderatsklubs von SPÖ, ÖVP, Grüne, Neos

zur Veröffentlichung: Medien, Social Media, Betriebsrats-Intranets und -Webseiten

**Offener Brief der Wiener Vernetzung der BetriebsrätInnen in der psychosozialen Arbeit zur OTS0026, vom 26. November 2018 der FPÖ unter dem Titel „Nepp/Kohlbauer: FPÖ stellt Prüfansuchen zur Suchthilfe an den Stadtrechnungshof. Freiheitliche befürchten kleinen KH Nord-Skandal“**

Die FPÖ Wien vermutet in ihrer o.g. Aussendung, dass die Suchthilfe Wien gem. GmbH zu einem „kleinen Krankenhaus Nord-Skandal“ wird und ortet „Postenschacher“ und „Misswirtschaft“. Die Beschäftigten empfinden das als massiven Vorwurf und große Respektlosigkeit ihnen und ihrer Arbeit gegenüber. Wir als BelegschaftsvertreterInnen sehen uns daher gezwungen, im Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen aktiv zu werden.

Als VertreterInnen der Beschäftigten auch in der Wiener Sucht- und Drogenhilfe verwehren wir uns auf das Schärfste gegen die pauschalierenden Angriffe der FPÖ auf eine ganze Beschäftigtengruppe. Wir halten fest, dass die Beschäftigten in der gesamten Wiener Sucht- und Drogenhilfe unter schwersten Bedingungen eine harte, für die Gesellschaft enorm wichtige Arbeit leisten.

Alleine schon der Vergleich mit dem Krankenhaus Nord richtet sich von selbst. Würde die Wiener Suchthilfe auch nur über ein Zehntel des dafür erforderlichen Budgets verfügen, könnten z.B. die laut allen ExpertInnen dringend notwendigen zusätzlichen Angebote für Alkoholranke deutlich ausgebaut werden. Im Gemeinderat stimmt die FPÖ systematisch gegen alle Anträge, die der Umsetzung einer modernen Suchtpolitik dienen.

Selbstverständlich ist es das gute Recht jeder Partei, Prüfansuchen an den Stadtrechnungshof zu stellen. Als BetriebsrätInnen ist es uns wichtig, dass die Verwendung jedes einzelnen Cents an Steuergeldern, mit denen wir und unsere KollegInnen größtenteils arbeiten, nachvollziehbar ist.

Allerdings würde dazu ein Blick in die öffentlich zugänglichen Rechnungsabschlüsse der von der FPÖ gemeinten Firmen reichen. Was das angebliche Firmengeflecht betrifft, so lässt sich dieses durch eine Konsultation des Firmenbuchs auflösen. Tatsächlich ist es ganz einfach. Die Suchthilfe Wien gem. GmbH befindet sich zu 100% im Eigentum der Sucht- und Drogenkoordination Wien gem. GmbH, welche zu 100% im Besitz der Psychosozialen Dienste in Wien steht.

Was daran kompliziert sein soll, ist für uns absolut nicht nachvollziehbar. Vielmehr verwundert es, dass einem Vizebürgermeister ein Mutter- mit Tochter- und Enkelbetrieb im jeweils hundertprozentigen Besitz undurchschaubar erscheinen.

Wenn den von uns vertretenen Beschäftigten „Misswirtschaft“ und „Postenschacher“ – also strafbare Handlungen – vorgeworfen werden, sind wir als BetriebsrätInnen (auch gesetzlich) dazu verpflichtet, diesen beizustehen. Die offensichtlich von der FPÖ gegen eine Einrichtung in Mariahilf ins Leben gerufene BürgerInneninitiative erweist sich offenbar politisch unwirksam, sodass nun auf dem Rücken der von uns vertretenen Beschäftigten und von kranken Menschen Stimmung gegen eine Einrichtung des Netzwerkes der Wiener Sucht- und Drogenhilfe gemacht werden soll. Dieses Vorgehen, die Schwachen gegen die noch Schwächeren auszuspielen, wird von weiten Teilen der Gesellschaft nicht goutiert.

Sollte die FPÖ weiterhin unhaltbare Vorwürfe gegen unsere KollegInnen erheben, werden wir weitere Schritte ergreifen. Hart arbeitende Menschen mit Unterstellungen zu überziehen, nur weil diese an einem Ort und mit einer Gruppe von kranken Menschen arbeiten, die der FPÖ nicht in den Kram passen, ist ein mehr als durchschaubares Spiel. Daher fordern wir die FPÖ hiermit dazu auf, diese Anschuldigungen gegen unsere Kolleginnen und Kollegen öffentlich zurückzunehmen und von weiteren Unterstellungen abzusehen.

im Namen der Vernetzung

Betriebsrat Anton Proksch Institut

Betriebsrat Verein: Dialog

Roland Krewenka (Betriebsratsvorsitzender) im Namen des  
Betriebsrats der Suchthilfe Wien gem. GmbH

Axel Magnus (Betriebsratsvorsitzender) im Namen des  
Betriebsrats der Sucht- und Drogenkoordination Wien gem. GmbH

Betriebsrat Wiener Berufsbörse